



Prof. Hans Geser
Online Publikationen

Universität Zürich
Soziologisches Institut



Politik und Parteien im Wandel

Rechte Männer und linke Frauen in der FDP

Die Geschlechterfrage als Spaltpilz bürgerlicher Parteien

Hans Geser
Zürich, Februar 2004

Inhalt:

1. Fragestellung	2
2. Methode	6
3. Empirische Ergebnisse	7
3.1 Generelle ideologische Orientierungen	7
3.2 Spezifische politische Themenfelder und Entscheidungsfragen	9
3.3 Die drei Sprachregionen im Vergleich	15
3.4 Die FDP im Vergleich mit anderen Parteien	16
4. Schlussfolgerungen.....	18
Literatur.....	19

Bibliographische Zitierweise:

Geser Hans: Rechte Männer und linke Frauen in der FDP. In: Prof. Hans Geser: Online Publikationen. Zürich, Februar 2004 http://geser.net/par/ges_08.pdf

1. Fragestellung

Dank der historisch späten Einführung des Frauenstimmrechts (1971) eignet sich die Schweiz besonders gut als Forschungsfeld für die Klärung der Frage, in welcher Weise die Strukturen und Prozesse des politischen Systems einerseits und die Werte und Ziele politischen Handelns andererseits durch das Vordringen der Frauen in der Wählerschaft, den Parteien und Entscheidungsgremien verändert werden. Leider wurde die Chance verpasst, diesen Wandel mittels diachroner Studien von Beginn an bis zum heutigen Zeitpunkt nachzuzeichnen, um - unter Kontrolle anderer Determinanten - beispielsweise den partiellen Einfluss der Frauen auf Wahl- und Abstimmungsergebnisse, auf die Gesetzgebungsprozesse in den Parlamenten, auf die Machtverhältnisse und Zielprioritäten innerhalb der Parteien oder auf die Funktionsweise und politische Orientierung von Gemeinde- oder Kantonsexekutiven zu bestimmen.

Ungeachtet ihrer inhaltlichen Ergebnisse hätten solche Untersuchungen wohl alle aufgezeigt, dass man sich die politische Aktivierung und Inklusion der Frauen als einen kontinuierlichen, vielschichtigen Prozess vorstellen muss, an dem verschiedenen Segmente der weiblichen Bevölkerung bis heute (wo sich die Schweiz bezüglich Frauenbeteiligung im vorderen Drittel aller europäischen Nationen plaziert (vgl. Seitz 2001)) einen sehr unterschiedlichen Anteil genommen haben. So haben die formellen institutionellen Voraussetzungen des Wahlrechts erst den Rahmen geschaffen, innerhalb nachrückende Frauenkohorten sich in zeitaufwendigen Sozialisations- und Lernprozessen ihre politischen Interessen und Fähigkeiten angeeignet haben; und bis heute entspricht das Bild der in der Öffentlichkeit politisch agierenden Frau eher einem emanzipierten, modernen Geschlechtsrollenverständnis als dem traditionell-konservativen Rollenmodell, das die primäre Wirkungsstätte der Frau nach wie vor in der Familie sieht.

Nicht zufällig sind deshalb in diesen ersten Jahrzehnten vor allem Frauen ins politische Rampenlicht getreten, die sich bereits vorher in nichtpolitischen oder parapolitischen Feldern eine an ausserhäuslichen Aktivitäten orientierte Rollenidentität angeeignet haben: z. B. katholische Frauen, die im konfessionellen Vereins- und Verbandswesen gross geworden sind, oder "Bewegungsfrauen" der 1960er- und 70er-Jahre, die in ausserinstitutionellen politischen Aktivitäten vielerlei Fähigkeiten erlernt haben, die sich auch im institutionellen Parteien- und Staatsbetrieb als nützlich erwiesen haben.

Damit ist bereits ein Hauptgrund genannt, warum vor allem die linken und grünen Parteien einen erheblich grösseren Zustrom von Frauen erfahren haben als die bürgerlichen Parteien, denen - vor allem wenn sie sich stark auf Wirtschaftseliten abstützen - kein derartiges Reservoir öffentlich versierter Frauen zur Verfügung stand. Hinzu kommt nun aber, dass diese Parteien des linken Spektrums ihre Offenheit gegenüber den Frauen seit den 1980er-Jahren noch beträchtlich ausgeweitet haben, indem sie in ihrer Programmatik dazu übergegangen sind, den Frauen jenen Status schutz- und förderungsbedürftiger "Benachteiligter" zuzuerkennen, den sie früher dem Arbeiterproletariat zugestanden haben - und dieselbe militante Rhetorik, mit der früher der Klassenkampf artikuliert wurde, nun auf den "Geschlechterkampf" zu übertragen.

Die damit verknüpfte forcierte Frauenförderung der SPS und der "Grünen" ist der Hauptgrund dafür, warum diese beiden Parteien seit 1983 mehr als die Hälfte aller Nationalrätinnen stellen, obwohl sie nur gut ein Viertel aller Mandate stellen (Seitz 2001). So hat eine kürzliche Analyse von 120 Namensabstimmungen im Nationalrat gezeigt, dass nur elf von

insgesamt 45 Frauen auf der rechten Hälfte des politischen Spektrums angesiedelt waren. (Jeitziner/Hohl 2000).

Auf lokaler Ebene kommt diese Asymmetrie darin zum Ausdruck, dass die Sektionen der SP und der Grünen in den letzten Jahren einen erheblich grösseren Zustrom an Frauen verzeichnen konnten: so dass es ihnen besser als den bürgerlichen Parteien gelungen ist, trotz dem verbreiteten Exodus der Männer ihre Mitgliederbestände zu stabilisieren.¹

Interessanterweise ist es den Linksparteien gelungen, mit dem Postulat der "Gleichstellung" ein auch von den anderen Parteien weitgehend akzeptiertes strategisches Ziel der Gesellschaftspolitik zu verankern, das im Unterschied zur "Gleichberechtigung" nicht der liberalen Ideenwelt angehört, weil seine Realisierung vielerlei aktive Staatseingriffe in private Verhältnisse (z. B. in die Lohnbildung der Betriebe oder innerhäusliche Umgangsformen in der Partnerschaft) erforderlich macht.

In verschiedener Hinsicht kann man deshalb heute feststellen, dass auch die den bürgerlichen Parteien angehörenden Frauen heute manche politischen Ziele mittragen, die von den Frauen linken Parteien initiiert worden sind - und damit innerhalb ihrer Parteien mancherlei Spannungen und Verunsicherungen erzeugen.² So steht die FDP momentan unter dem Druck, dem Wunsch ihrer gut organisierten Frauengruppe nach Blockzeiten, Tageschulen und einer staatlichen Mutterschaftsversicherung Rechnung zu tragen - und dadurch mit einem Selbstbild der "Mittepartei" zu kokettieren, das ihrem angestammten rechtsliberalen Profil widerspricht. Ein analoger Konflikt besteht in der Steuerpolitik, wo die FDP-Frauen im Gleichschritt mit der SP eine völlig zivilstandsunabhängige Form der Familienbesteuerung befürworten, von der sich die Parteimehrheit aufgrund des zu hohen bürokratischen Aufwands distanziert.³

Bisherige Forschungen haben leider nur wenig konvergente Ergebnisse darüber erbracht, in welchem Umfang es eine - quer zur traditionellen Parteienlandschaft verlaufende - Linkstendenz der Frauen gibt, auf welche Ideologiebereiche und Politikfelder sie sich erstreckt, und welche Gründe für solche Divergenzen zu den Männern massgebend sind. Am leichtesten lässt sich wohl verstehen, dass Frauen ungeachtet ihre übrigen Gesinnungen gewisse frauenpolitische Anliegen gemeinsam haben, die aus ihrem objektiven Interesse entstehen, berufliche und familiäre Rollen besser als bisher zu kompatibilisieren: die Forderung nach erschwinglichen Krippenplätzen etwa, die quer zur neokonservativen Spar- und Deregulierungspolitik steht, oder der Ruf nach Schulblockzeiten, der mit dem schweizerischen Bildungsföderalismus kollidiert.

Impressionistische Befunde legen aber die Vermutung nahe, dass Frauen (gerade aufgrund ihrer angestammten weiblichen Identität) in einem viel umfassenderen Sinne zur Unterstützung mancher Anliegen neigen, die in einer Zeit, wo die Sozialdemokratie sich auf postmaterialistische Werte und auf die Lebenssituation der neuen Mittelschichten ausrichtet - als "linke Forderungen" gelten. So sind sie aufgrund ihrer Fokussierung auf zwischenmenschli-

¹ Diese Präferenz der Frauen für linksgerichtete lokale Gruppierungen hat sich bereits in der Lokalparteienbefragung von 1989 nachweisen lassen (vgl. Geser 1991), und sie hat sich in der neuen Untersuchung von 2002 in vollem Umfang bestätigt.

² Deshalb ist auch das Ergebnis der oben genannten Studie nicht erstaunlich, dass sich auch innerhalb der SVP- und CVP-Fraktion des Nationalrats die weiblichen Abgeordneten etwas linker als ihre männlichen Kollegen positionieren (Jeitziner / Hohl 2000). (Interessanterweise gilt dies im vorliegenden Falle aber nicht für die FDP, wo sogar eine leicht umgekehrte Tendenz festgestellt werden konnte).

³ Vgl. Familienpolitischer Wettlauf der Parteien / Freisinnige Suche nach einer liberalen Route. Neue Zürcher Zeitung 7.7. 2001, S. 16.

che Belange oft eher geneigt, sozialen und humanitären gegenüber wirtschaftlichen Belangen den Vorzug zu geben, oder zum Schutz Schwächerer die Autorität des Staates in Anspruch zu nehmen.

Die folgende Aufstellung der nationalen Volksabstimmungsergebnisse zwischen 1993 und 2000 (VOX-Analysen) macht hinreichend deutlich, wie sehr die Frauen in einem weiten Spektrum sozial-, umwelt-, wirtschafts- und familienpolitischer Themen immer wieder die Positionen der Linken unterstützt haben. Zumindest in drei Fällen (Moratorium für Atomkraftwerke, neues Ehegesetz und Antirassismugesetz) ist es ihnen eindeutig gelungen, gegen eine Mehrheit ablehnender Männer die Annahme zu erwirken.

Tab. 1: Volksabstimmungen mit den grössten Unterschieden in der Stimmabgabe der teilnehmenden Frauen und Männer (1977-2000)⁴

Jahr	Thema	Ja Total in %	Ja Frauen in %	Ja Männer in %	Differenz in %Punkten.
1993	Werbeverbot für Tabak	26	36	18	- 18
1995	Antirassismus-Gesetz	55	64	47	- 17
2000	Quoteninitiative	18	28	11	+17
1992	Gewässerschutz-Initiative	37	46	30	- 16
1993	Werbeverbot für Alkohol	25	34	18	- 16
1990	Ausstieg Atomenergie	47	55	40	- 15
1994	Getreidepreisreduktion	65	73	58	- 15
1999	Wohneigentum für alle	41	60	45	+15
1978	Herabsetzung AHV-Alter	21	15	29	+14
1981	Gleiche Rechte für Mann und Frau	60	67	53	- 14
1987	Rothenturm-Initiative	58	66	52	- 14
1992	Weg vom Tierversuch	44	52	38	- 14
1985	Ehe- und Erbrecht	55	61	48	- 13
1986	Schwerverkehrsabgabe	34	41	28	- 13
1989	Tempo 100/130	38	30	43	+13
1990	Moratorium von Atomkraftwerken	55	62	49	- 13
1997	ALV-Revision	49	39	52	+13

Quelle: VOX-Datenbank

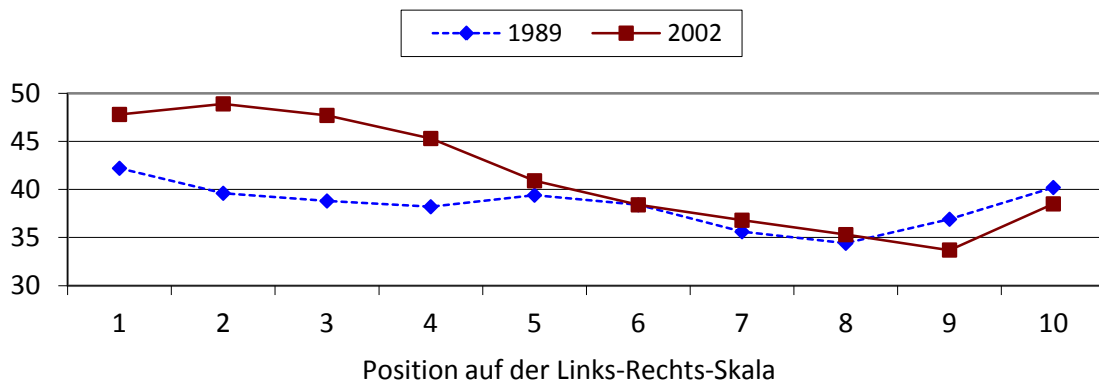
⁴ Quelle: Longchamp, Claude / Bieri, Urs: Frauen und Männer als Stimmbürgerinnen: Was haben sie entschieden? Überblick über wesentliche Hauptergebnisse aus den VOX-Analysen eidg. Urnengänge (Stand 7.2.2001) <http://www.gfs.ch/gender.html>

Diese Ergebnisse belegen eindrücklich, dass sich die Kovarianz zwischen weiblichem Geschlecht und Linkstendenz keineswegs auf das Stratum politisch aktiver Frauen beschränkt, für die politisches Engagement per se schon das Korrelat einer (links-)emanzipierten Rollenidentität darstellt. Vielmehr müssen die z. B. im Nationalrat feststellbaren Polarisierungen zumindest teilweise durchaus als Widerspiegelung gesamtgesellschaftlich verbreiteter Geschlechterdivergenzen begriffen werden, die in zwei Phänomenen ihren Ausdruck finden:

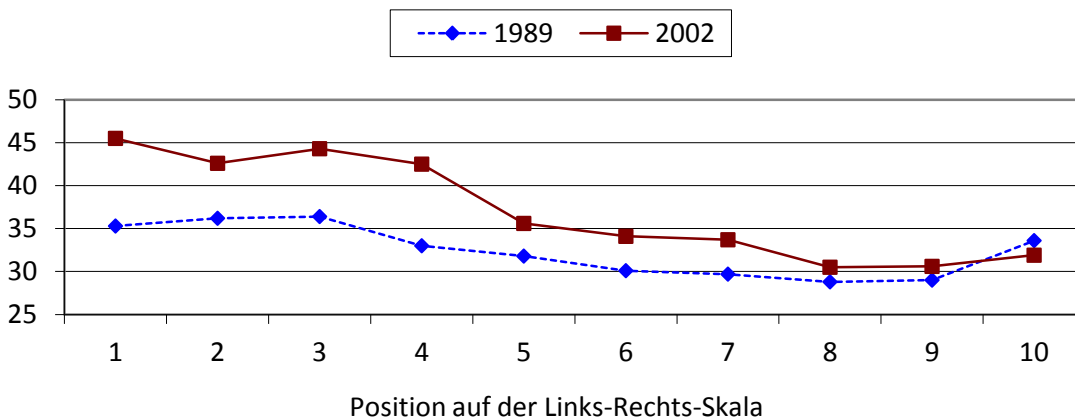
Erstens zeigen Frauen eine Tendenz, besonders häufig in linke Parteien eintreten und dort aktiv werden. Diese Regularität lässt sich aus den Daten unserer Lokalparteiensurveys belegen, indem man Gruppierungen mit unterschiedlicher Selbstpositionierung auf der Links-Rechts-Skala unter dem Gesichtspunkt ihres durchschnittlichen Frauenanteils (an Anhängern insgesamt, bzw. an Parteiaktiven) miteinander vergleicht.

Wie aus den Figuren 1 und 2 hervorgeht, hat sich dieser Trend, der bereits 1989 spürbar war, in den vergangenen 14 Jahren noch erheblich verstärkt - allerdings mit Ausnahme der extrem rechten Gruppierungen, deren geschlechtsspezifische Anhängerstruktur nach wie vor ungefähr derjenigen der Mitteparteien entspricht (Fig. 1).

Figur 1: Prozentsatz von Frauen in der gesamten Parteianhängerschaft: nach Position auf der Links-Rechts-Achse



Figur 2: Prozentsatz von Frauen unter den Parteiaktiven: nach Position auf der Links-Rechts-Achse



Zweitens liegt die Vermutung nahe, dass Frauen, die in bürgerliche Parteien eintreten, dort eine im Vergleich zu ihren männlichen Kollegen eher moderat-rechte (bzw. gar linksgerichtete-

te) Politik betreiben und mit wachsender Zahl immer besser in der Lage sind, auf den Kurs gesamten Partei in diesem Sinne Einfluss zu nehmen.

Im Sinne dieser zweiten Hypothese wird im Folgenden versucht, den Einfluss der Frauen auf die politische Ideologie und Programmatik der FDP empirisch genauer zu bestimmen. Aufgrund ihrer homogenen gesamtschweizerischen Verbreitung eignet sich die FDP besonders gut für die Untersuchung der generelleren Frage, wie sich bürgerliche Parteien unter dem zunehmenden Einfluss weiblicher Partizipation verändern. Dabei bietet es sich an, als Untersuchungsfeld die Ebene der lokalen Sektionen zu wählen, weil man hier für die Zwecke komparativer statistischer Analysen ein reiches Vergleichsmaterial (von über 1000 Ortsgruppen) vorfindet, die sich sowohl bezüglich der unabhängigen wie der abhängigen Variablen äusserst stark voneinander unterscheiden.

2. Methode

Die nachfolgenden Ergebnisse stützen sich auf die Daten von zwei praktisch identischen Untersuchungen (vom Herbst 1989 und Herbst 2002) am Soziologischen Institut der Universität Zürich, in die alle (ca. 5000) Ortsparteien in den Gemeinden der Schweiz einbezogen worden sind. Allen Präsidentinnen und Präsidenten dieser lokalen Gruppierungen wurde ein umfangreicher Fragebogen zugeschickt, in dem sie unter anderem aufgefordert wurden, über die Zusammensetzung ihrer Anhängerbasis und Aktivmitgliederschaft einerseits und über die ideologischen Orientierungen und sachpolitischen Positionen ihrer Gruppierung andererseits Auskunft zu geben.

Bei beiden Surveys wurden jeweils rund 2600 Fragebogen ausgefüllt zurückgesandt (d. h. rund 50%). Bei rund 80% dieser Gruppierungen handelt es sich um die Lokalsektionen der vier landesweit tätigen grossen Bundesratsparteien FDP, CVP, SVP und SP (vgl. Tab. 2).

Tab. 2: Zahl der an den Survey beteiligten Lokalsektionen der vier Bundesratsparteien (1989 und 2002).

	FDP	CVP	SVP	SP
1989	645	603	287	567
2002	567	489	417	529

Zur Bestimmung der Geschlechterverhältnisse wurden die Informanten nach dem Anteil der Frauen

- a) auf der umfassenden Ebene der gesamten Parteianhängerschaft
- b) im engeren Feld der regelmässig aktiven Parteimitglieder gefragt.

Erwartungsgemäss konnten die SP-Sektionen zu beiden Zeitpunkten durchschnittlich die höchsten Prozentanteile und die SVP die niedrigsten Werte vermelden, während die FDP (zusammen mit der CVP) eine mittlere Position besetzen.

Die überaus breite Streuung der Frauenanteile bei den FDP-Sektionen bietet methodisch günstige Voraussetzungen, um deren Einfluss auf Ideologie und Sachpolitik hinreichend präzise zu bestimmen (Tab. 3 / Tab. 4) Andererseits werden diachron angelegte Kausalanalysen dadurch behindert, dass die Frauenanteile auf der Ebene der Anhängerschaft im Untersu-

chungszeitraum fast völlig stabil geblieben sind und auf dem Niveau der Parteiaktiven nur wenig zugenommen haben. Ganz offensichtlich hat die FDP - wie auch die anderen grossen Parteien - ihre wesentlichen quantitativen Schritte der "Feminisierung" bereits im Zeitraum vor 1989 vollzogen und schon damals (mit durchschnittlich gut 30%) zumindest auf der Ebene der Mitgliederbasis einen nicht mehr steigerbaren Sättigungspunkt erreicht (vgl. Seitz 2001).

Tab. 3: Frauenanteil der lokalen FDP-Sektionen an der gesamten Anhängerschaft (1989 und 2002): Häufigkeitsverteilung (Prozentwerte)

	bis 20%	20-30%	30-40%	40-45%	45-50%	+50%	Total
1989	15.9	24.9	30.6	11.3	9.8	7.5	100%
2002	17.7	18.9	34.5	13.8	10.5	4.5	100%

Tab. 4: Frauenanteil der lokalen FDP-Sektionen an der aktiven Parteimitgliedschaft (1989 und 2002): Häufigkeitsverteilung (Prozentwerte)

	bis 20%	20-30%	30-40%	40-45%	45-50%	+50%	
1989	26.6	27.9	31.1	6.1	5.9	2.2	100%
2002	17.7	23.5	38.1	5.8	11.6	3.4	100%

3. Empirische Ergebnisse

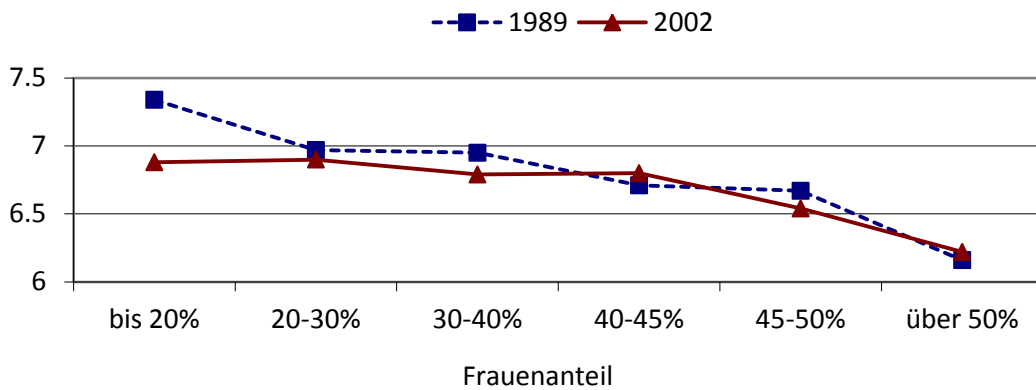
3.1 Generelle ideologische Orientierungen

Um die generelle ideologische Orientierung ihrer örtlichen Gruppierung zu charakterisieren, wurden die Informanten gebeten, deren Position auf einer von 1 bis 10 reichenden Links-Rechts-Skala und einer analog strukturierten "Grün-Antigrün-Skala" zu lokalisieren. In beiden Fällen zeigt sich deutlich, dass Sektionen mit vorwiegend männlicher Anhängerschaft durchschnittlich die konservativste Position einnehmen und mit wachsendem Frauenanteil zunehmend gegen die Mitte (bzw. gar die links Hälfte) der Skala hin tendieren (Fig. 3 / 4).

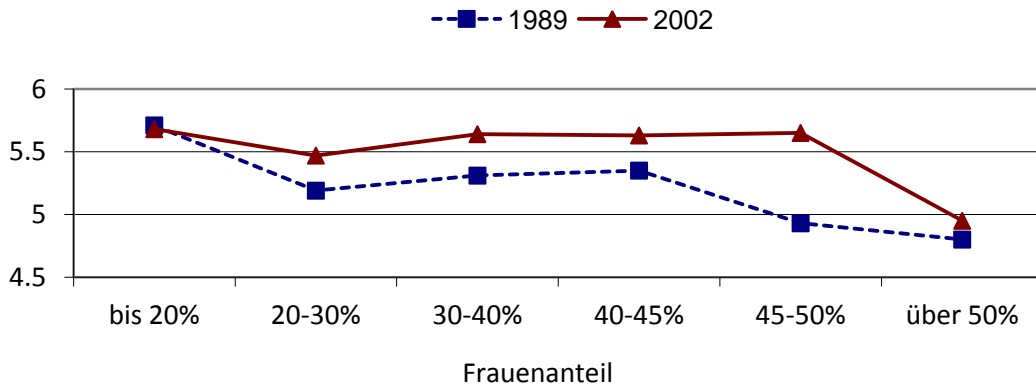
Im Falle der Links-Rechts-Einstufung stimmen die beiden Kurven überraschenderweise sogar fast vollständig überein. Dies mag einerseits als Hinweis dafür gewertet werden, dass die ideologischen Divergenzen zwischen beiden Geschlechtern seit ende der 80-Jahre bis heute völlig stabile geblieben sind, andererseits aber auch als Indikator dafür, dass den verwendeten Messinstrumenten eine hohe Reliabilität zugesprochen werden kann.

Keine klaren Beziehungen erscheinen hingegen, wenn man die ideologischen Skaleneinstufungen mit dem Frauenanteil unter den aktiven Parteimitgliedern korreliert. (Fig. 4 und 5). 1989 ist überhaupt kein linksgrüner Einfluss der Frauen erkennbar, und 2002 erscheint er nur sehr schwach. Dies überrascht, weil man dem engeren Kreis parteiintern engagierter Frauen eher als dem weiteren, passiveren Kreis weiblicher Anhänger die Fähigkeit zutrauen kann, auf die Parteirichtung in ihrem Sinne Einfluss zu nehmen.

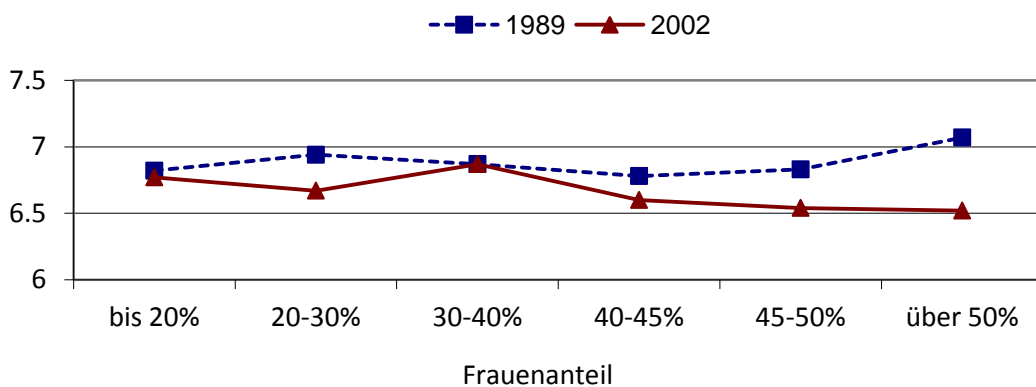
Figur 3: Durchschnittliche Position der FDP-Sektionen auf der Links-Rechts-Achse: nach Frauenanteil in der gesamten Anhängerschaft (1989 und 2002)



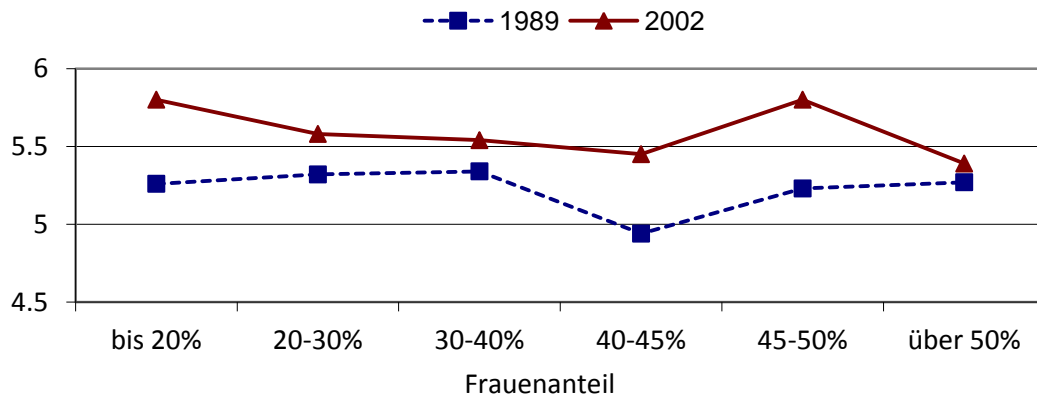
Figur 4: Durchschnittliche Position der FDP-Sektionen auf der Grün-Antigrün-Achse: nach Frauenanteil an der gesamten Anhängerschaft (1989 und 2002)



Figur 5: Durchschnittliche Position der FDP-Sektionen auf der Links-Rechts-Achse: nach Frauenanteil an den aktiven Parteimitgliedern (1989 und 2002)



Figur 6: Durchschnittliche Position der FDP-Sektionen auf der Grün-Antigrün-Achse: nach Frauenanteil an den aktiven Parteimitgliedern (1989 und 2002)



Deshalb ist die Schlussfolgerung relativ zwingend, dass es sich bei parteipolitisch aktiven FDP-Frauen um vergleichsweise konservativere Kräfte handelt, die sich von ihren männlichen Kollegen ideologisch kaum unterscheiden und deshalb ihre breitere weibliche Wählerklientele nicht adäquat repräsentieren. Zumindest 1989 haben weiblich dominierte Sektionen gar eine besonders ausgeprägte Rechtsorientierung gezeigt, die sich zum zweiten Erhebungszeitpunkt ganz geringfügig ins Gegenteil verkehrte.

Aus Tabelle 4 wird ersichtlich, dass der Linkseinfluss der weiblichen Anhänger zu beiden Zeitpunkten die statistische Signifikanzschwelle überschreitet, wenn man die beiden Extremkategorien von Ortssektionen (unter 25% und über 45% Frauen) miteinander vergleicht. Demgegenüber hat sich der Einfluss auf die ökologische Orientierung im Untersuchungszeitraum sehr stark reduziert.

Tab. 4: Generelle ideologische Positionen der FDP-Sektionen 1989 und 2002: nach Anteil der Frauen an der Anhängerschaft und an den Parteiaktiven.

		Prozentsatz Frauen unter der Anhängerschaft				Prozentsatz Frauen unter den Aktiven			
		bis 25%	über 45%	F-Wert	sign.	bis 25%	über 45%	F-Wert	sign.
Position auf der Links-Rechts-Skala (1-10)	1989	7.19	6.78	2.44	035	6.88	6.90	.24	94
	2002	6.77	6.30	4.63	005	6.69	6.54	1.14	376
Position auf der Grün-Antigrün-Skala (1-10)	1989	5.35	5.19	.56	731	5.32	5.02	.69	641
	2002	5.60	5.49	.1.09	367	5.67	5.71	-.63	676

3.2 Spezifische politische Themenfelder und Entscheidungsfragen

Das Spektrum der mit der Links-Rechts-Dimension assoziierten politischen Fragen hat sich innerhalb der letzten Jahrzehnte ständig erweitert. Zu den klassischen, mit dem Begriff "sozialistisch" verknüpften Forderungen sind - vor allem unter dem Einfluss der "Neuen Sozialen

Bewegungen" - vielfältige "postmaterialistische" Themen (z. B. Umwelt- und Frauenfragen) hinzugetreten, und im Falle der Schweiz auch asyl- und europapolitische Probleme, die seit den 1990er-Jahren zur ideologischen Polarisierung einen bedeutsamen Beitrag leisten.

Generell ist anzunehmen, dass sich der Linkseinfluss der FDP-Frauen eher auf diese neuen Themen bezieht - und weniger auf die traditionell-sozialistischen Positionen, die sich eher auf die Arbeitswelt als die Privatsphäre beziehen und in einer männerdominierten (z. B. stark von Gewerkschaften geprägten) Gesellschaft ihren Ursprung haben. Es sind dies meist eher wert- als interessenorientierte Einstellungen, die durchaus auch in bürgerlichen Parteien Platz finden können, weil sie keine Klassenkampfrhetorik beinhalten und keine umfassenden Wandlungen der Macht- und Eigentumsverhältnisse fordern.

Am meisten dürften weibliche Parteianhänger naheliegenderweise auf frauenpolitische Anliegen (nach Gleichstellung, Kinderkrippen, Schulblockzeiten, Mutterschaftsversicherung u. a.) Einfluss nehmen, bei denen sich derartige Werthaltungen unmittelbar mit gruppenspezifischen Interessen verbinden.

Aus den eingangs (vgl. Tab. 1) dargestellten Ergebnissen nationaler Volksabstimmungen geht allerdings hervor, dass sich die geschlechtsspezifischen Links-Rechts-Unterschiede keineswegs auf im engeren Sinn frauen- und familienpolitische Fragen beschränken, sondern in einer Vielfalt verschiedener Entscheidungsfragen zum Ausdruck kommen.

Im Folgenden wird zu klären versucht, welche Themengebiete und sachpolitischen Positionen der FDP-Sektionen durch die Präsenz der Frauen kausal beeinflusst werden. Der diachronen Vergleichsanalyse sind hier allerdings insofern Grenzen gesetzt, als im Survey von 1989 noch ein erheblich kleinerer Fragenkatalog als 2002 angewendet wurde.

In allen Fällen mussten die Informanten für eine Serie von Sachfragen angeben, ob innerhalb ihrer Gruppierung darüber eine überwiegend positive oder negative Einstellung bestehe, oder ob sich Subgruppen mit gegensätzlicher Meinung gegenüberstünden. Die Werte variieren zwischen +100 (alle Sektionen zustimmend) und -100 (alle Sektionen ablehnend), während ein Mittelwert von 0 bedeuten kann, dass sich entweder zustimmende und ablehnende Sektionen die Waage halten, oder dass überall geteilte Meinungen bestehen.

Überraschenderweise zeigt sich, dass ausgerechnet *die frauenpolitischen* Positionen der Parteisektionen durch den Anteil der Frauen besonders wenig berührt werden. Die deutlichsten Unterschiede bestehen noch im Falle der Mutterschaftsversicherung, wo männerdominierte Sektionen eine leicht negative und Gruppierungen mit über 45% Frauen eine leicht positive Einstellung besitzen (Tab. 5). Keine signifikanten Divergenzen finden sich hingegen bei der Forderung nach Kindertagesstätten und beim generellen Anliegen der Gleichstellung von Frau und Mann.

Ein ganz andere Bild zeigt sich bei den sozialpolitischen Parteipositionen, wo der Einfluss der Frauen eindeutig dazu beigetragen hat, der rechtsbürgerlichen Tendenz der Männer moderatere Positionen entgegenzustellen und der ausgeprägten "antisozialistischen" Wendung, die sich in der FDP seit 1989 generell vollzogen hat, erheblich die Spitze zu nehmen (Tab. 6). So sind es ausschliesslich die männerdominierten Sektionen, die sich in ihrem wachsenden Widerstand gegen die Besserstellung der Arbeitnehmer und Mieter und gegen sozialpolitische Kostenexpansionen in den letzten Jahren der SVP angenähert haben.

Aus diesen Ergebnissen wird deutlich, dass sich der Linkseinfluss der Frauen - im Gegensatz zur oben formulierten Hypothese - durchaus auch auf klassisch-sozialistische und gewerkschaftliche Anliegen erstreckt. Bei allen drei Variablen sind die Effekte in der Periode zwi-

schen den beiden Untersuchungszeitpunkten zwar etwas schwächer geworden, ohne aber ihre statistische -Signifikanz zu verlieren.

Tab. 5: Frauenpolitische Positionen der FDP-Sektionen 1989 und 2002: nach Anteil der Frauen an der Anhängerschaft und an den Parteiaktiven

	Prozentsatz Frauen unter der Anhängerschaft				Prozentsatz Frauen unter den Aktiven			
	bis 25%	über 45%	F-Wert	sign.	bis 25%	über 45%	F-Wert	sign.
Gleichstellung von Frau und Mann								
1989	65	68	.52	604	66	74	-1.07	310
2002	64	75	1.43	156	63	75	-1.54	120
Mutterschaftsversicherung								
1989	-	-	-		-	-		
2002	-09	19	2.71	007	-01	04	-.51	611
Schaffung von Kindertagesstätten								
1989	-	-	-		-	-		-
2002	12	18	.51	807	13	14	-.03	979

Tab 6: Sozialpolitische Positionen der FDP-Sektionen 1989 und 2002: nach Anteil der Frauen an der Anhängerschaft und an den Parteiaktiven

	Prozentsatz Frauen unter der Anhängerschaft				Prozentsatz Frauen unter den Aktiven			
	bis 25%	über 45%	F-Wert	sign.	bis 25%	über 45%	F-Wert	sign.
Mehr Einfluss für Arbeitnehmer								
1989	-25	-02	-3.34	001	-21	04	-1.75	077
2002	-38	-12	-2.75	006	-21	-13	-.837	400
Mehr Mieterschutz								
1989	-24	23	-5.26	000	-17	22	-3.54	000
2002	-54	-26	-3.26	002	-35	-38	.32	.753
Mehr Unterstützung für soziale Anliegen								
1989	-17	26	-4.61	000	-04	11	-1.23	278
2002	-54	-15	-3.75	000	-39	-38	-.02	987

Wesentlich deutlicher sind die Abschwächungen im Bereich finanz- und wirtschaftspolitischer Themen, wo frauendominierte Sektionen 1989 noch viel weniger deutlich für eine Förderung des Finanzplatzes und eine Verringerung der Steuerbelastung votierten, sich hingegen 2002 kaum mehr von männerdominierten Gruppierungen unterscheiden (Tab 7). Ebenso besteht ein hoher geschlechtsübergreifender Konsens darüber, dass der Abschaffung des Bankgeheimnisses und der verstärkten Besteuerung hoher Einkommen entgegengewirkt werden müsse.

Tab. 7: Finanz- und wirtschaftspolitische Positionen der FDP-Sektionen 1989 und 2002: nach Anteil der Frauen an der Anhängerschaft und an den Parteiaktiven

		Prozentsatz Frauen unter der Anhängerschaft				Prozentsatz Frauen unter den Aktiven			
		bis 25%	über 45%	F-Wert	sign.	bis 25%	über 45%	F-Wert	sign.
Förderung des Finanzplatzes Schweiz	1989	84	65	3.33	001	72	83	-1.53	126
	2002	91	81	1.88	061	91	85	1.34	181
Bewahrung des Bankgeheimnisses	1989	-	-	-	-	-	-	-	-
	2002	88	81	1.09	274	84	80	.58	228
Verringerung der Steuerbelastung	1989	93	79	3.56	000	81	74	.94	300
	2002	85	78	1.33	187	87	86	.189	850
verstärkte Besteuerung hoher Einkommen	1989	-	-	-	-	-	-	-	-
	2002	-93	-99	-2.51	013	-52	-57	.60	548

Analog dazu sind heute auch keine signifikanten Divergenzen in ordnungspolitischen Grundsatzzfragen mehr zu erkennen: indem die Sektionen einem generellen Abbau staatlicher Reglementierung sehr zustimmend, einer unlimitierten Liberalisierung staatlicher Aufgaben hingegen mit eher geteilten Meinungen gegenüberstehen (Tab 8). Im Unterschied dazu muss die Umweltpolitik neben der Sozialpolitik als zweiter Schwerpunkt geschlechtsspezifischen Einflusses gewertet werden, denn Sektionen mit hohem Frauenanteil neigen deutlich stärker dazu, für die Umweltverträglichkeit staatlicher Massnahmen einzustehen, zusätzliche Massnahmen für den Ortsbild- und Landschaftsschutz und die Verkehrsberuhigung in Wohnquartieren zu unterstützen und den auf kommunaler Ebene den weiteren Ausbau des öffentlichen Verkehrs zu fordern. Ebenso stehen sie dem Ausstieg aus der Kernenergie nach wie vor weniger ablehnend gegenüber - auch wenn sie sich in diesem Punkt nicht mehr so stark wie 1989 von den Männersektionen unterscheiden (Tab. 9). Bei immerhin drei der fünf Variablen kann im Untersuchungsintervall eine Erweiterung der Divergenzen beobachtet werden.

Tab. 8: Ordnungspolitische Positionen der FDP-Sektionen 1989 und 2002: nach Anteil der Frauen an der Anhängerschaft und an den Parteiaktiven

		Prozentsatz Frauen unter der Anhängerschaft				Prozentsatz Frauen unter den Aktiven			
		bis 25%	über 45%	F-Wert	sign.	bis 25%	über 45%	F-Wert	sign.
weniger staatliche Reglementierung	1989	93	79	2.69	008	93	75	3.203	.002
	2002	87	78	1.21	224	85	77	1.113	.216
Liberalisierung öffentlicher Aufgaben	1989	-	-	-	-	-	-	-	-
	2002	33	17	1.45	149	36	31	.45	216

Am wenigsten relevant scheinen Geschlechtseinflüsse bei den aussen- asyl- und ausländerpolitischen Fragen, wo die Sektionen ungeachtet ihrer Anhängerstruktur der Beibehaltung der Armee überaus zustimmend und dem Beitritt zur EU sehr ambivalent gegenüberstehen (Tab. 10), eher eine Verschärfung als eine Liberalisierung der Asylpolitik fordern und für erweiterte Rechte der Ausländer wenig Sympathie aufbringen können (Tab. 11).

Tab. 9: Umweltpolitische Positionen der FDP-Sektionen 1989 und 2002: nach Anteil der Frauen an der Anhängerschaft und an den Parteiaktiven

		Prozentsatz Frauen unter der Anhängerschaft				Prozentsatz Frauen unter den Aktiven			
		bis 25%	über 45%	F-Wert	sign.	bis 25%	über 45%	F-Wert	sign.
Umweltverträglichkeit staatlicher Entscheidungen	1989	52	55	-.33	754	54	67	-1.42	143
	2002	19	37	-1.78	191	23	37	-1.53	225
Ausstieg aus der Kernenergie	1989	-58	-36	-2.67	008	-54	-48	-.68	500
	2002	-52	-40	-1.38	177	-48	-48	-.00	997
mehr Ortsbild- und Landschaftsschutz	1989	19	39	-2.34	020	21	33	-1.07	285
	2002	-09	15	2.09	037	-01	03	-.39	693
mehr Verkehrsberuhigungsmassnahmen	1989	33	55	2.60	010	34	54	-1.63	077
	2002	-06	34	3.83	000	22	12	.83	407
Förderung des öffentlichen Verkehrs	1989	63	73	1.29	231	62	73	-1.31	192
	2002	35	59	2.37	019	46	52	-.63	528

Tab. 10: Aussenpolitische Positionen der FDP-Sektionen 1989 und 2002: nach Anteil der Frauen an der Anhängerschaft und an den Parteiaktiven

		Prozentsatz Frauen unter der Anhängerschaft				Prozentsatz Frauen unter den Aktiven			
		bis 25%	über 45%	F-Wert	sign.	bis 25%	über 45%	F-Wert	sign.
EU-Beitritt	1989	-	-	-	-	-	-		
	2002	-15	-09	.59	558	-13	-08	-.56	578
Schweiz ohne Armee	1989	-	-	-		-	-		
	2002	-89	-95	1.44	150	-90	-93	.58	553

Tab. 11: Ausländer- und asylpolitische Positionen der FDP-Sektionen 1989 und 2002: nach Anteil der Frauen an der Anhängerschaft und an den Parteiaktiven

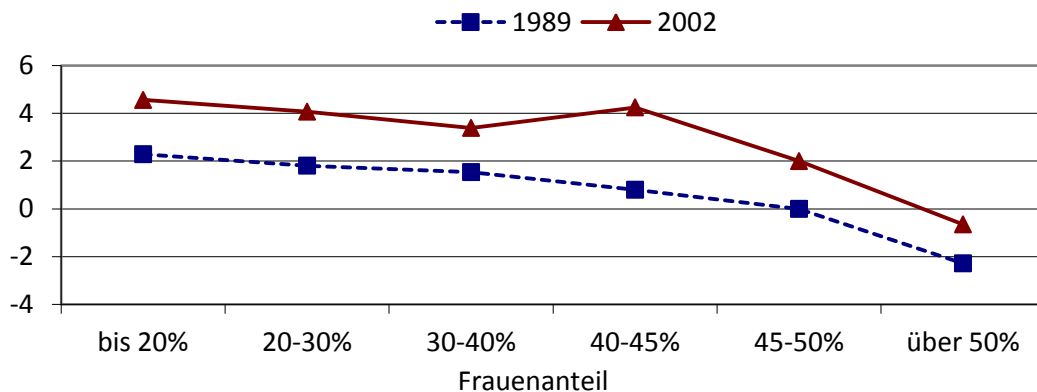
	Prozentsatz Frauen unter der Anhängerschaft				Prozentsatz Frauen unter den Aktiven				
	bis 25%	über 45%	F-Wert	sign.	bis 25%	über 45%	F-Wert	sign.	
Mehr Rechte für Ausländer (innen)	1989	-	-	-	-	-	-	-	
	2002	-58	-53	-.64	525	-57	-58	.113	910
Mehr tun für Flüchtlinge und Asylsuchende	1989	-42	-47	.74	480	-43	-32	-1.34	176
	2002	-79	-72	1.13	267	-75	-83	1.44	151
Verschärfung der Asylgesetzgebung	1989	-	-	-	-	-	-	-	
	2002	63	49	1.53	120	68	56	1.41	159

Durchgängig hat sich in den empirischen Analysen bestätigt, dass die Wirkungen ausschliesslich vom weiteren Feld der (im Durchschnitt relativ passiven) gesamten Anhängerschaft ausgehen: wahrscheinlich in dem Sinne, dass sich Ortssektionen responsiv verhalten, indem sie sich z. B. an eine überwiegend weibliche Anhängerschaft durch eine gewisse Distanznahme von allzu rechtsbürgerlichen Positionen adaptieren. Als irrelevant erweist sich hingegen der engere Kreis der eigentlichen "Parteiaktiven", innerhalb dem sich Männer und Frauen offenbar in den Werten und Zielen politischen Handelns kaum voneinander unterscheiden.

Um die Gesamtheit des Fraueneinflusses auf die sachpolitische Ausrichtung der FDP-Sektionen (und dessen Wandel über das Untersuchungsintervall hinweg) sichtbar zu machen, wurde ein summativer Index errechnet, der die Zustimmung (bzw. Ablehnung) der Sektionen zu allen vierzehn politischen Einstellungen, die zu beiden Zeitpunkten erhoben wurden, umfasst.

Wie aus Figur 7 hervorgeht, haben zwar die Sektionen aller Kategorien eine verstärkte Wendung nach rechts vollzogen, die in einer Erhöhung des Indexwertes um ca. 2 Punkte ihren Ausdruck findet. Andererseits wird aus der Parallelität beider Kurven ebenso deutlich, dass das Ausmass dieser Rechtsorientierung in gleichbleibendem Umfang mit der geschlechtsspezifischen Zusammensetzung der Anhängerschaft korreliert. Zu beiden Zeitpunkten nimmt der Zustimmungswert bei männerdominierten Gruppierungen Maximalwerte an und fällt vor allem dann ab, wenn der Frauenanteil die Marke von 45% überschreitet. Diese nichtlineare Komponente scheint im Untersuchungszeitraum zugenommen zu haben: als ob die Frauen heute nur noch dann ihren Einfluss geltend machen könnten, wenn sie numerisch fast 50% (oder gar die Mehrheit) der Gesamtanhängerschaft stellen.

Figur 7: Zustimmungsgrad der FDP-Sektionen zu 14 rechtsorientierten politischen Anliegen: nach Frauenanteil an der gesamten Anhängerschaft (1989 und 2002)

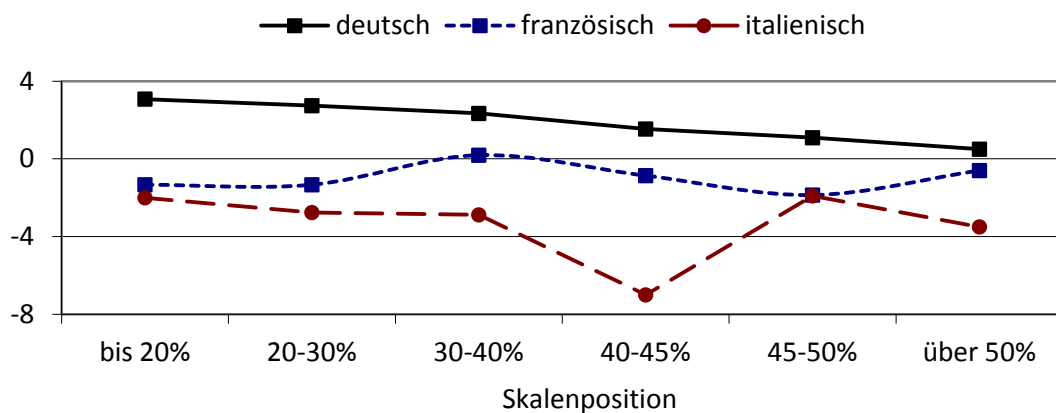


3.3 Die drei Sprachregionen im Vergleich

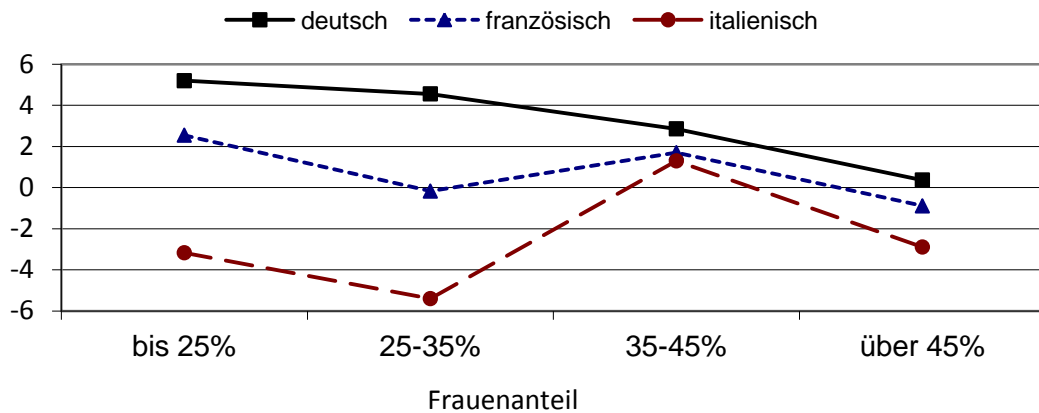
Ein Vergleich der drei Sprachregionen zwingt zur Schlussfolgerung, dass sich der Linkseinfluss der Frauen weitgehend auf die Deutschschweizer Kantone beschränkt. Zwar lässt sich zumindest für 2002 konstatieren, dass es auch in der Romandie und im Tessin die frauenreichsten Gruppierungen sind, die sich am stärksten von der rechtsbürgerlichen Linie distanzieren, Aber nur im deutschen Sprachraum findet man jene monoton abfallende Kurve, die auf einen einseitig von Männern getragenen Konservatismus verweist (Fig. 8 / Fig. 9).

Die naheliegendste Erklärung besteht wohl darin, dass die relativ moderaten „Linkstendenzen“ der FDP-Frauen nur in einem ausgesprochen rechtsorientierten Parteimilieu, wie es in der deutschen Schweiz vorherrschend ist, irgendwelche Wandlungen bewirken können, nicht aber in den Gruppierungen der West- und Südschweiz, die sich in generellem Sinne eher in der Mitte des politischen Spektrums positionieren.

Figur 8: Zustimmungs- vs. Ablehnungsgrad der FDP-Sektionen zu 14 rechtsorientierten politischen Anliegen: nach Frauenanteil in der Anhängerschaft und Sprachregion (1989)



Figur 9: Zustimmungs- vs. Ablehnungsgrad der FDP-Sektionen zu 14 rechtsorientierten politischen Anliegen: nach Frauenanteil in der Anhängerschaft und Sprachregion (2002)



3.4 Die FDP im Vergleich mit anderen Parteien

Die eingangs erwähnten Ergebnisse der VOX-Abstimmungsanalysen wie auch der Studien über das parlamentarische Abstimmungsverhalten (vgl. 1) legen den Schluss nahe, dass von den politisch aktiveren Segmenten der weiblichen Wählerschaft ein relativ genereller Linkseinfluss ausgeht, der sich zumindest auch in den anderen Parteien mit bürgerlicher Grundausrichtung geltend machen dürfte. Wie aber aus Tabelle 12 hervorgeht, ist die FDP die einzige Partei, in der die Geschlechtsstruktur der Anhängerschaft signifikant mit der Position auf der Links-Rechtsachse korreliert, und die einzige bürgerliche Partei, in der ein erkennbarer Fraueneinfluss auf die Summe sachpolitischer Einstellungen besteht. In geringerem Umfang ist auch bei den Sozialdemokraten ein nach links tendierender Fraueneinfluss zu erkennen, der aber eher vom Kern aktiver Mitglieder als vom Gesamtbestand der Anhängerschaft ausgeht – und – ähnlich wie auch bei den Grünen - seit 1989 offensichtlich an Impetus verlor. Konträr dazu scheint sich in der EVP erst in jüngster Zeit ein Einfluss weiblicher Parteiaktiver geltend zu machen, der aber infolge der geringen Zahl von Sektionen die statistische Signifikanzgrenze nicht überschreitet.

Als mögliche Erklärung bietet sich die Hypothese an, dass die FDP bereits seit längerem einen starken Verlust an ideologischer Kohärenz und Stabilität erfahren hat: mit der Folge, dass sie besonders offen dafür geworden ist, um responsiv auf die Präferenzen und Forderung jeweils dominierender Anhängersegmente zu reagieren. Damit unterscheidet sie sich sowohl von der SVP wie der SP, die ihre auf Gesamtparteiebene verankerten Grundsätze erfolgreich in den lokalen Subsystemen verankern: so dass diesen kein grosser Freiraum für anhängensorientierte Anpassungen mehr bleibt.

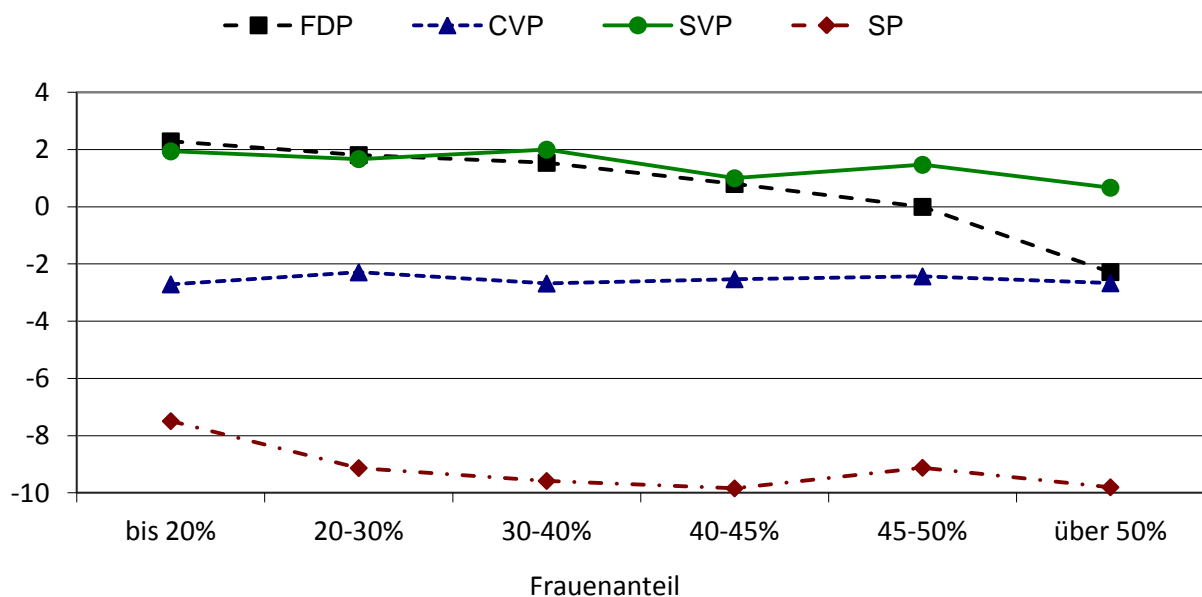
Diese Argumentation taugt allerdings nicht zur Erklärung der durchgängigen Nullkorrelationen im Falle der CVP, die als „Partei der Mitte“ mindestens ebenso grosse ideologisch-programmatische Verunsicherungen erfahren musste wie die FDP:

Tab 12: Korrelationen zwischen der Linksorientierung der lokalen Parteisektionen und ihrem Frauenanteil an der Anhängerschaft, bzw. an den Parteiativen

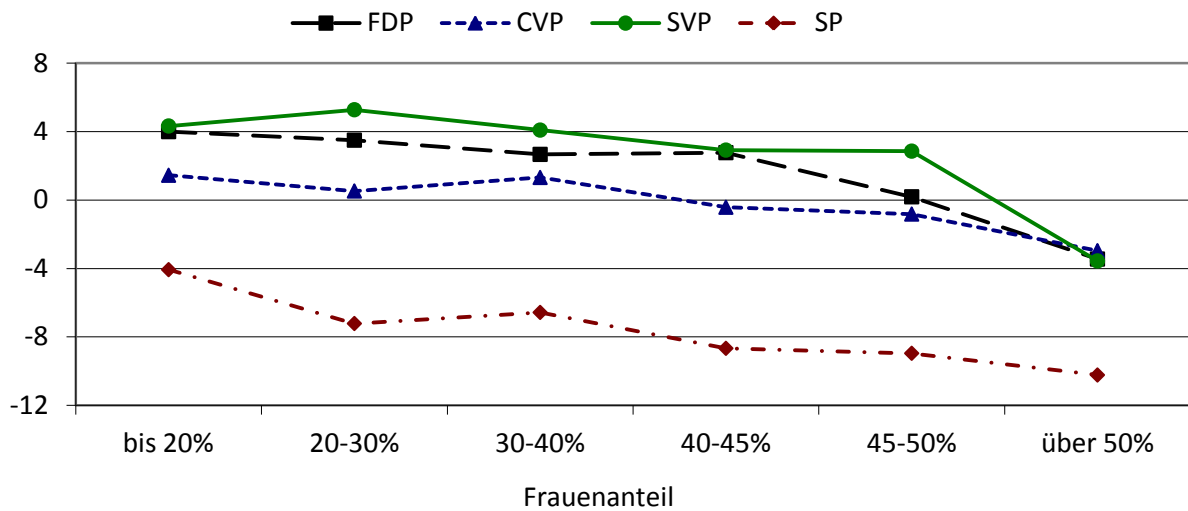
	Frauenanteil an der Anhängerschaft				Frauenanteil an den Parteiativen			
	Links-Rechts-Skala		14 rechte Positionen		Links-Rechts-Skala		14 rechte Positionen	
	1989	2002	1989	2002	1989	2002	1989	2002
FDP	-.18**	-.12**	-.25**	-.24**	+0.02	-.06	-.12*	-.09
CVP/CSP	+0.04	-.07	+0.00	-.12	-.01	-.06	-.04	-.12
SVP	-.06	-.05	-.03	-.10	-.04	-.05	-.09	-.04
SP	-.08	-.09	-.14**	-.13*	-.17**	-.05	-.26**	-.18**
EVP	-.22	+0.06	-.07	-.16	-.13	-.20	+0.05	-.32*
Grüne	+0.00	-.28	-.29	+0.08	-.25	-.14	-.20	.07

Ein Studium der genauen Kurvenverläufe (vgl. Fig. 10 /11) zeigt zumindest für 2002 eine etwas weitergehende Verifikation unserer Hypothesen: indem die sachpolitische Konservativität bei allen grossen Parteien bei einem Männeranteil von über 70% sein Maximum und einer Frauenquote von über 50% sein Minimum erreicht. Nicht auszuschliessen ist deshalb die Vermutung, dass Parteien jeglicher Provenienz etwas linker wären, wenn die Frauen dank einem (heute kaum vorfindbaren) hohen Prozentanteil von 70 oder 80% in der Lage wären, durch ihre Mehrheit den Parteikurs vollständig zu bestimmen.

Figur 10: Zustimmungs- vs. Ablehnungsgrad der Lokalsektionen der vier Bundesratsparteien zu 14 rechtsorientierten politischen Anliegen: nach Frauenanteil in der Anhängerschaft (1989)



Figur 11: Zustimmungs- vs. Ablehnungsgrad der Lokalsektionen der vier Bundesratsparteien zu 14 rechtsorientierten politischen Anliegen: nach Frauenanteil in der Anhängerschaft (2002)



4. Schlussfolgerungen

Sowohl in ihrem Abstimmungsverhalten wie in ihrer parlamentarischen Entscheidungstätigkeit unterscheiden sich die Frauen von den Männern durch eine etwas stärkere Präferenz für linksliberale und sozialistische Einstellungen, und zumindest in einigen Fällen ist es ihnen gelungen, in diesem Sinne auf die Gestaltung der Schweizerischen Rechtsordnung und Gesellschaft bestimmenden Einfluss zu nehmen.

Auf der Ebene der Parteipolitik äussert sich diese Geschlechtsdifferenz überwiegend darin, dass die Frauen relativ häufiger den traditionell linksstehenden Parteien (d. h. der SP und den Grünen) zuneigen - nicht zuletzt auch deshalb, weil ihnen dort aus ideologischen Gründen besonders viele Mitwirkungs- und Aufstiegschancen zur Verfügung stehen.

Nur sekundär manifestiert sie sich auch in der Regularität, dass die Frauen auch innerhalb dieser Parteien eher den linksstehenden Subgruppierungen zuneigen, bzw. - was vor allem im Falle lokaler Parteisektionen wahrscheinlicher ist - auf den Kurs dieser Gruppierungen in ihrem Sinne Einfluss nehmen.

Auch wenn solche Kovarianzen in allen vier Bundesratsparteien (sowie der EVP) marginal sichtbar werden, so ist es doch nur die FDP, in denen solche Einflüsse statistisch signifikant, auf breiter Front und mit hoher zeitlicher Stabilität in Erscheinung treten.

Allerdings zwingen auch hier die Ergebnisse zum Schluss, dass sich diese geschlechtsspezifischen Einflüsse auf bestimmte Kreise der Mitgliederschaft und bestimmte Themenbereiche der Politik beschränken. Auf den ersten Blick erstaunt vor allem das Ergebnis, dass nur der Frauenanteil in der gesamten Anhängerschaft, nicht aber am (durchschnittlich dreimal kleineren) Kreis der Parteiaktiven mit der Links-Rechtseinstufung und der sachpolitischen Ausrichtung der Lokalsektionen korreliert. Daraus mag man schliessen, dass die Parteiaktiven unabhängig ihres Geschlechts aufgrund ihrer inneren Gesinnung dieselbe Politikrichtung verfolgen, sich hingegen eher nach links hin orientieren, wenn sie diese Politik auf eine stark weiblich geprägte Klientele (bzw. Wählerschaft) hin orientieren. Dabei bleibt offen, ob

diese Klientele die Ursache oder die Folge einer solche frauenfreundlichen politischen Linie darstellt, oder ob sich beide Kausalrichtungen miteinander verbinden.

Die Bereitschaft zu einer derart ausgeprägten Responsivität entsteht wahrscheinlich daraus, dass die Ideologie und Programmatik der FDP bereits seit längerer Zeit durch hohe Unentschiedenheiten und Labilitäten gekennzeichnet sind: indem z. B. die beiden Vorstellungen, eine mit der SVP konkurrierende Rechtspartei und eine sich von ihr distanzierende Mittepartei sein zu wollen, als gleichrangige Alternativen gegenüberstehen. In dieser Situation, wo von oben (d.h. von den überlokalen Ebenen der kantonalen Partei und Bundespartei) wenig verbindliche Steuerungen ausgehen, werden lokale Gruppierungen wohl in besonderer Weise offen dafür, sich "von unten" her (d. h. von den Meinungsströmungen innerhalb ihrer Mitgliederbasis) beeinflussen zu lassen. Das Gegenbeispiel bildet sich die SVP, die mit ihren dezidierten politischen Positionen dafür sorgt, dass sich zum vornherein nur Frauen, die mit ihnen explizit übereinstimmen, zur Partei hingezogen fühlen..

So entsteht insgesamt der Eindruck, dass die FDP-Frauen mindestens seit ende der 1980er-Jahre auf ihre Partei einen dem in diesem Zeitraum vorherrschenden Rechtstrend entgegenlaufenden Trend zur politischen Mitte entfalten, der sich in der Tendenz nach auf sehr zahlreiche, in signifikantem Ausmass allerdings nur auf eine begrenzte Bandbreite politischer Themen und Entscheidungsfragen bezieht. Am meisten sind Aspekte der persönlichen Lebensführung und Nahumwelt betroffen, wie man sie z. B. als Erwerbstätiger, Wohnungsmieter oder als Mitbenutzer öffentlicher Einrichtungen erlebt. Sehr viel weniger werden weiter entfernt liegende Problembereiche berührt, die sich auf die sozio-ökonomische Gesellschaftsordnung insgesamt. Auf die Stellung der Schweiz im internationalen System oder auf nichtschweizerische Bevölkerungsgruppen beziehen.

Eine auffällige Ausnahme von dieser Regularität bilden die frauenpolitischen Anliegen, bei denen die Frauen der FDP offensichtlich keinerlei Annäherungen an linke Positionen vollziehen- möglicherweise deshalb, weil die zahlreichen Frauen, die sich stark mit solchen Forderungen identifizieren, in den linken und grünen Parteien eine ihnen besser zusagende politische Heimat finden.

Literatur

Jeitziner, Bruno / Hohl, Tobias (2000): Die Nationalräte auf einer Links-Rechts-Skala. Ein Rating anhand parlamentarischer Abstimmungen. Neue Zürcher Zeitung, 03.11. S. 15.

Geser, Hans (1991): "Dealignment" oder neue Integrationsbereitschaft? Aktuelle Entwicklungstendenzen im Anhängerbestand schweizerischer Kommunalparteien. (Schweizerische Zeitschrift für Soziologie, 26, S. 233-272)

Wasserfallen, Flavia / Haesler, Nicolas (2003): Die Mitgliedschaften der Lokalparteien. Bern, August. http://socio.ch/par/t_wasshaes.pdf

Seitz, Werner (2001): Dreissig Jahre Frauen in der Politik / Stand und Entwicklung der politischen Frauenvertretung. Neue Zürcher Zeitung, 7. 2., S. 15.

Longchamp, Claude / Bieri Urs (2001): Frauen und Männer als Stimmbürgerinnen: Was haben sie entschieden? Überblick über wesentliche Hauptergebnisse aus den VOX-Analysen eidg. Urnengänge. (Stand 7.2.2001) <http://www.gfs.ch/gender.html>